

# Einbringung Haushaltsplan 2016

Sitzung Stadtrat 13. November 2015

**Rede des Oberbürgermeisters und  
Stadtkämmerers der Stadt Koblenz  
Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig**



**KOBLENZ**  
VERBINDET.

## **Gliederung**

- I. Aktuelle und grundsätzliche Herausforderungen des Haushaltes 2016**
- II. Der Konsumtive Haushalt**
- III. Der Investitionshaushalt**
- IV. Fazit**

## I. Aktuelle und grundsätzliche Herausforderungen des Haushaltes 2016

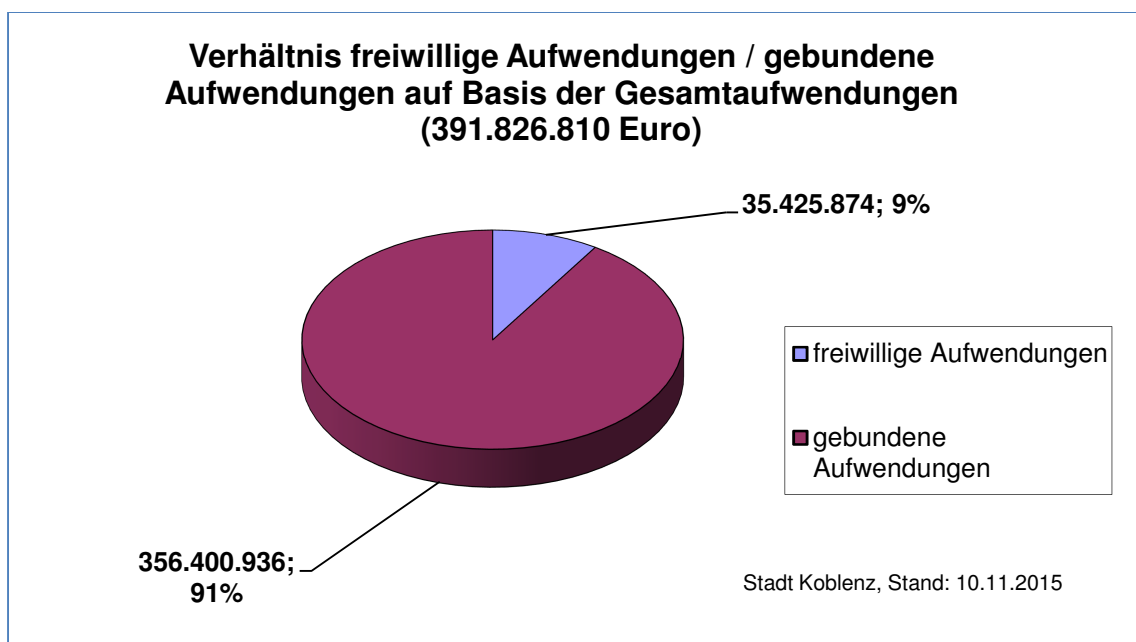
Als wir vor fünf Jahren begonnen haben, unseren Haushalt systematisch zu konsolidieren, hatten wir noch Grund zur **Annahme, dass wir im Jahr 2016 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Das wird uns leider nicht gelingen.**

**Das liegt aber nicht an uns oder daran, dass wir in Sachen Haushaltskonsolidierung nicht genug getan haben.** Im Gegenteil! Wir haben in den letzten Jahren – auch im Vergleich zu anderen Städten – erhebliche Anstrengungen unternommen.

**Überall dort, wo wir sparen konnten, haben wir gespart. Und überall dort, wo wir unsere Einnahmen verbessern konnten, haben wir das getan!**

Wenn wir trotzdem wieder neue Schulden aufnehmen müssen, liegt das an externen Faktoren, die wir kaum oder gar nicht beeinflussen können.

Diagramm 1



Denn zur Erinnerung: **Unsere freiwilligen Leistungen machen nur 9 Prozent unseres konsumtiven Haushaltes aus.** Zu allen anderen Aufgaben sind wir gesetzlich verpflichtet. Und um diese zu erfüllen, brauchen wir die **nötige finanzielle Ausstattung.** Aber genau das ist der Punkt: Unsere finanzielle Ausstattung reicht dafür nicht aus.

Das zeigt sich zuallererst bei unserem größten Ausgabenbereich, zu dem wir gesetzlich verpflichtet sind: unsere **Sozialausgaben.** Die sind in den letzten Jahren immer weiter gestiegen.

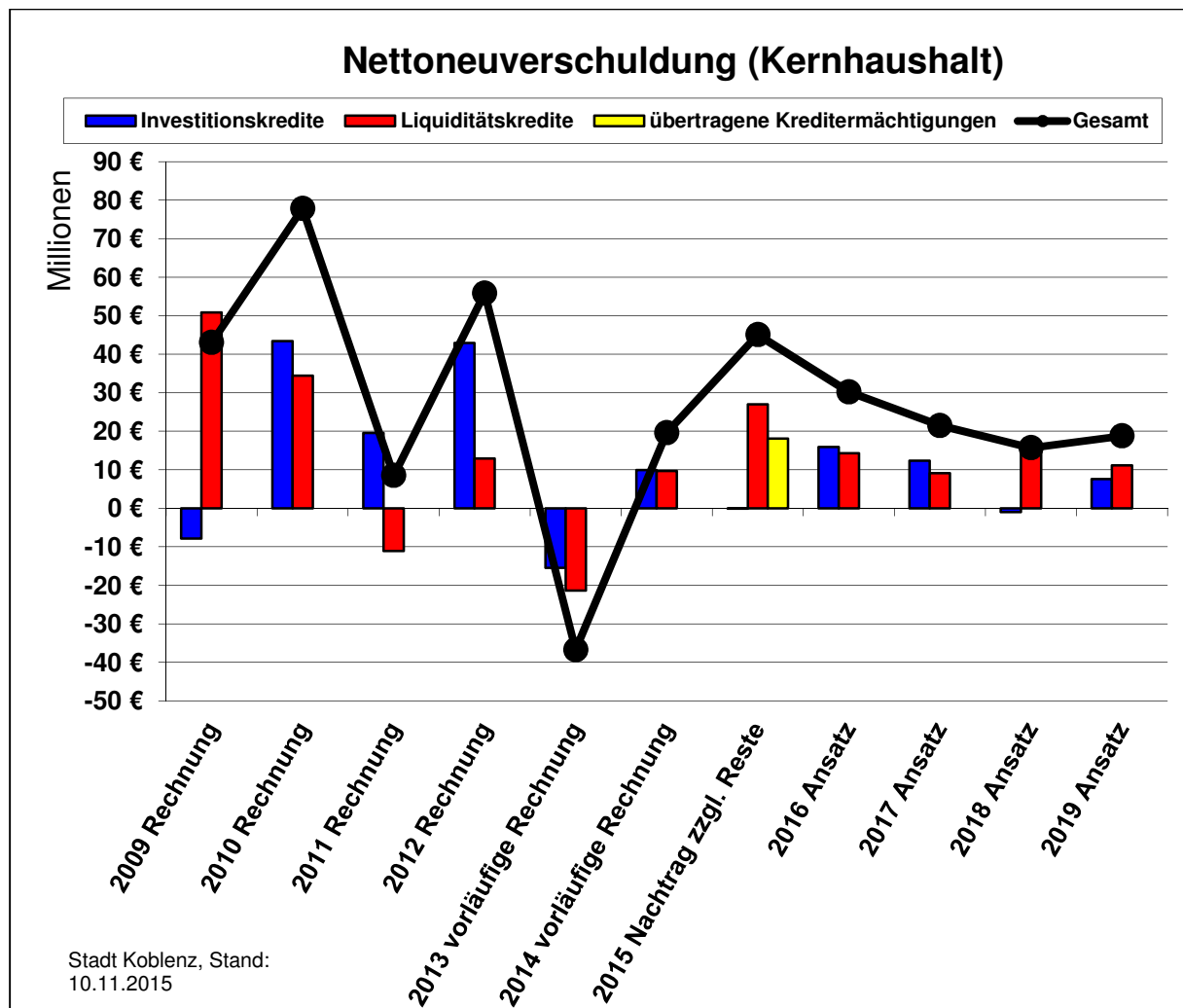
Bund und Land haben ihre Zuschüsse zwar auch erhöht – aber bei weitem nicht ausreichend.

Ich werde das gleich noch genauer erläutern. Es wird aber ganz deutlich: Solange wir nicht die notwendige Unterstützung von Bund und Land bekommen, werden wir uns weiter verschulden müssen.

Dieses Problem haben nicht nur wir, sondern alle großen Städte in Rheinland-Pfalz.

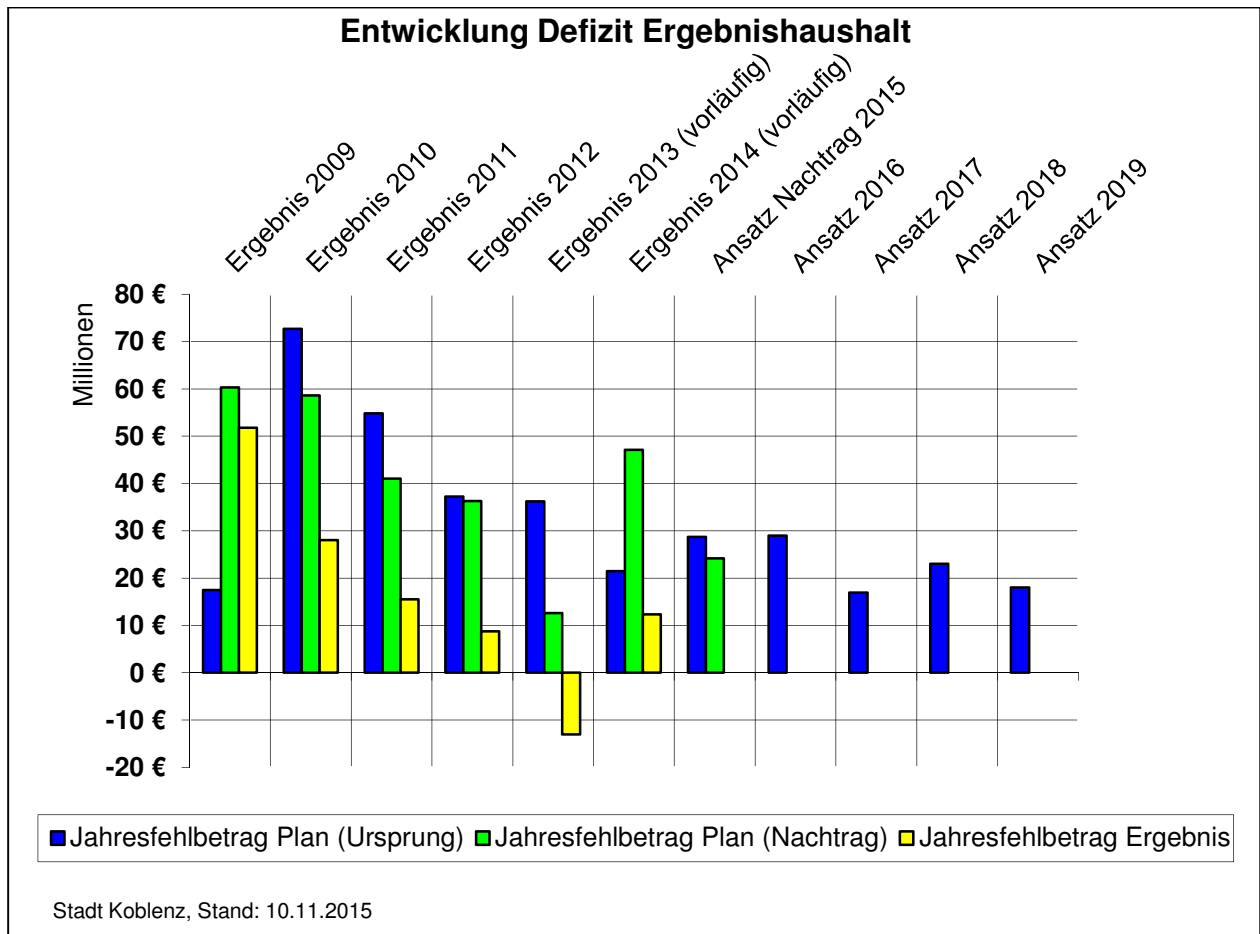
Wir müssen nach dem Haushaltsplan-Entwurf nächstes Jahr wieder **30,2 Mio. € neue Schulden** aufnehmen. **Bis 2018 können wir unsere Neuverschuldung zwar annähernd halbieren**, es wird uns aber nicht gelingen, sie auf null zurückzuführen.

Diagramm 2



Auch im **Ergebnishaushalt** besteht 2016 ein beträchtlicher **Jahresfehlbetrag**. Er wird bei knapp **29 Mio. €** liegen. Dieses Defizit wollen wir in den nächsten Jahren ebenfalls reduzieren. Es wird aber bei einem deutlichen Jahresfehlbetrag bleiben.

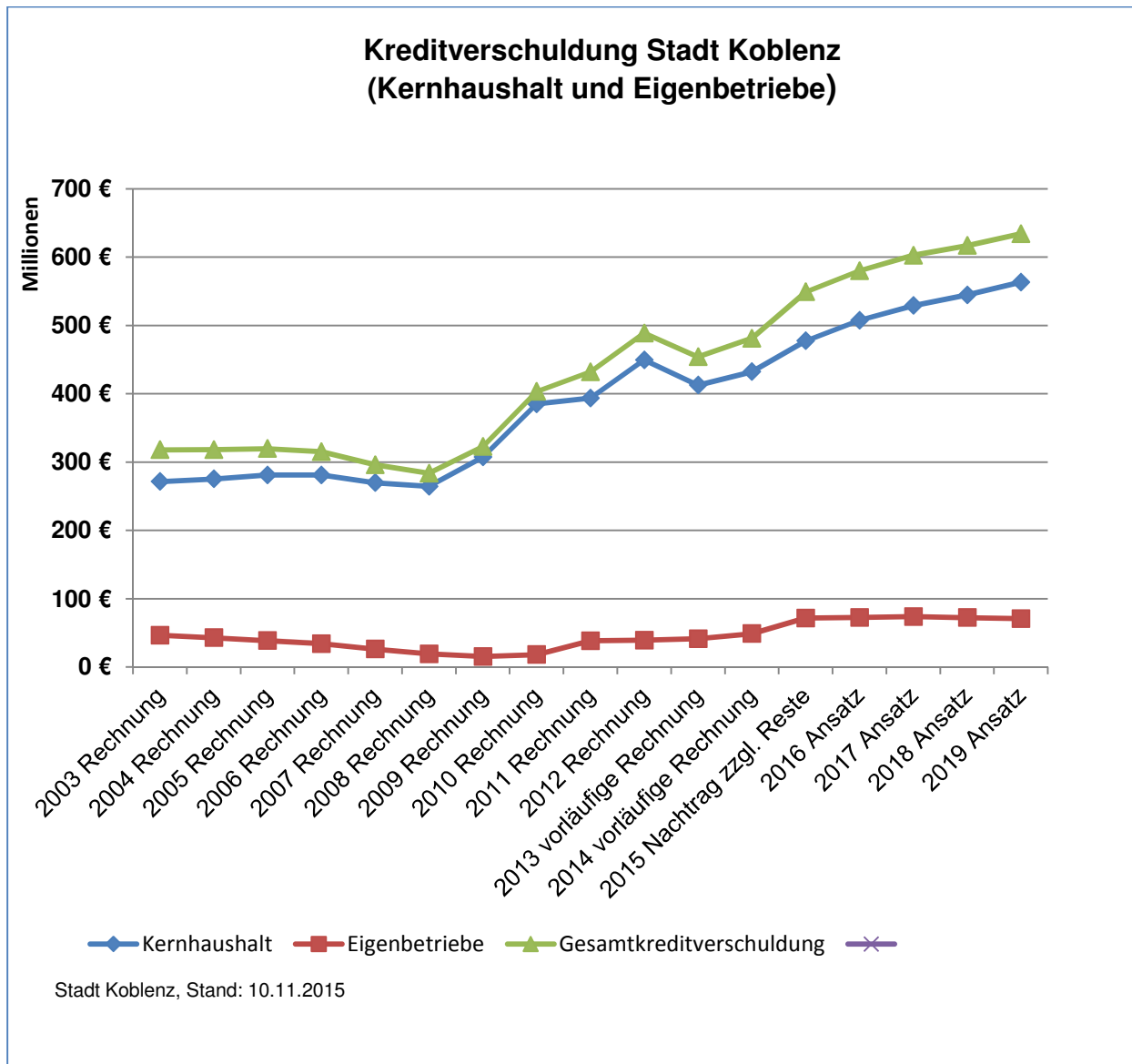
Diagramm 3



Zusammengefasst ist es relativ einfach: **Unsere Einnahmen sind zu gering, um unsere Ausgaben zu decken.** Deshalb haben wir in den letzten Jahren auch an beiden Stellschrauben gedreht. An den meisten Ausgaben können wir aber nichts ändern. Die Konsolidierung, die wir selbst leisten können, erreicht deshalb längst nicht die Dimension unserer Pflichtausgaben.

Das hat natürlich auch Auswirkungen auf unsere Gesamtschulden: Unser **Schuldenberg wird auf über 580 Mio. € anwachsen.**

Diagramm 4



Wie die Grafik zeigt, ist es uns in den vergangenen Jahren mit unseren Sparmaßnahmen und höheren Steuereinnahmen zwar gelungen, den **Schuldenanstieg etwas zu bremsen**. Das war auch wichtig! Aber spätestens seit diesem Jahr wird deutlich: Alleine können wir unseren Haushalt nicht konsolidieren.

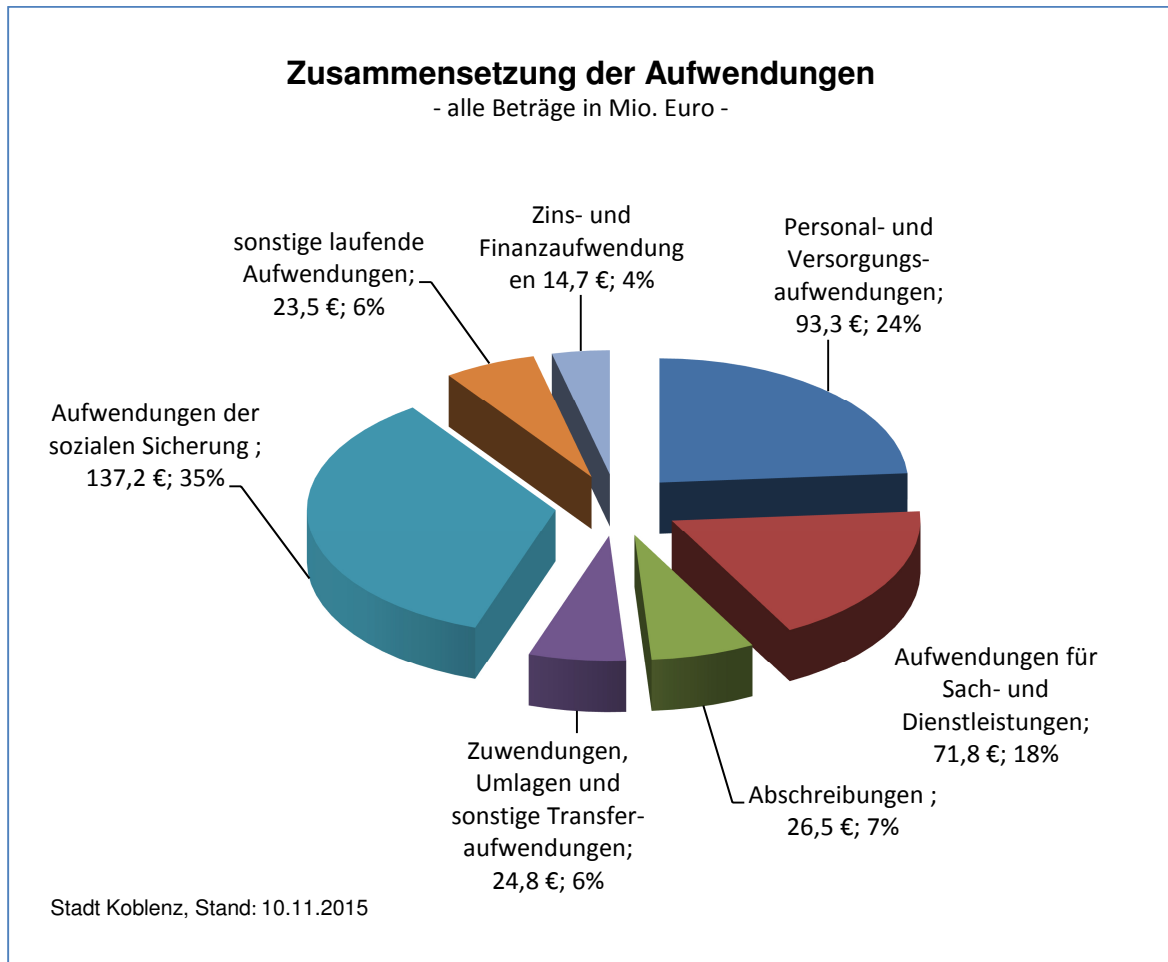
Bund und Land müssen uns gerade bei unseren Pflichtaufgaben zur Seite stehen, sonst wird unser Schuldenberg immer größer. Auch der rheinland-pfälzische Städtetag und der Deutsche Städtetag weisen seit Jahren darauf hin. Geändert hat das leider substantiell wenig.

Ich will Ihnen das anhand einiger Zahlen in unserem konsumtiven Haushalt vorstellen:

## II. Konsumtiver Haushalt

Wir werden **im konsumtiven Haushalt im kommenden Jahr 391,83 Mio. €** aufwenden.

Diagramm 5



Der größte Teil davon sind – wie seit Jahren – die **Aufwendungen für die soziale Sicherung**. Sie machen über ein **Drittel der gesamten Aufwendungen** aus. Rechnet man die Personalkosten aus diesem Bereich dazu, sind es sogar 39 Prozent.

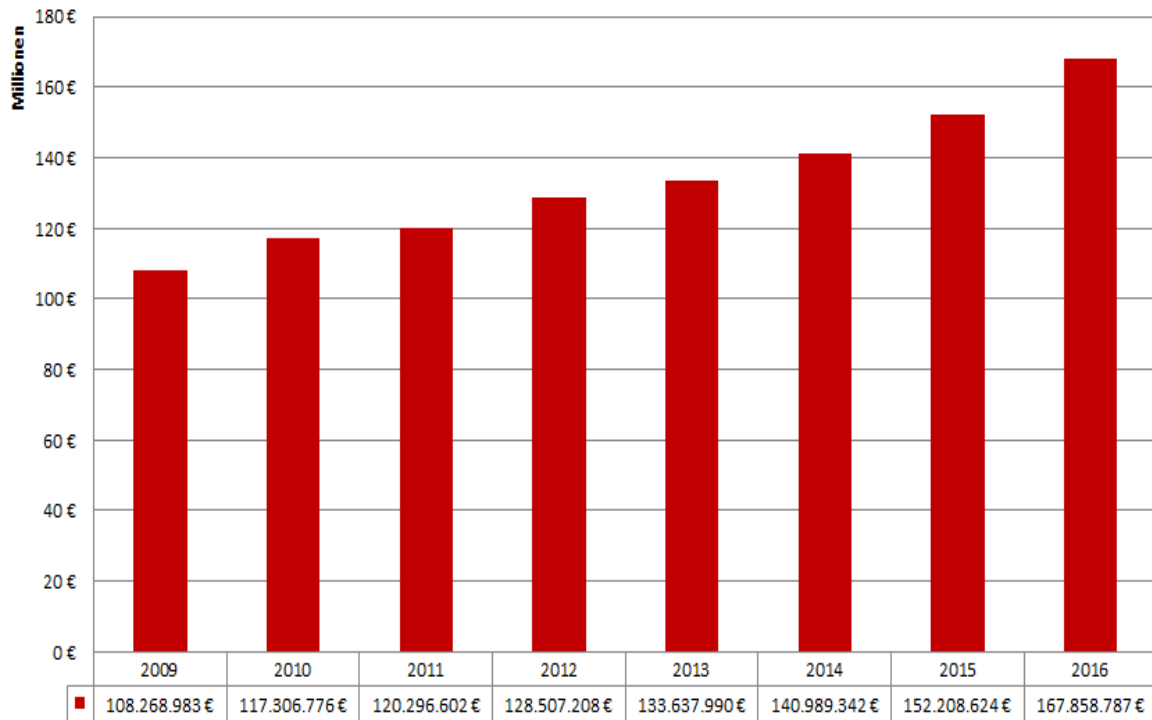
Keine Frage – es ist die **ureigenste Aufgabe des Sozialstaates**, sich um diejenigen zu kümmern, die unsere Hilfe brauchen. Starke Schultern sollen mehr tragen als schwache. Das ist richtig so.

Das gilt aber auch für die staatlichen Ebenen. **Die starken Schultern von Bund und Land müssen die Kommunen endlich mehr unterstützen – gerade bei den Sozialausgaben!**

Seit dem Jahr 2009 sind diese in unserem Haushalt um rund 55 Prozent gestiegen. Kein anderer Ausgabenblock der Stadt ist derart angewachsen.

Diagramm 6

Entwicklung der Sozialausgaben (Teilhaushalt 06) Stadt Koblenz

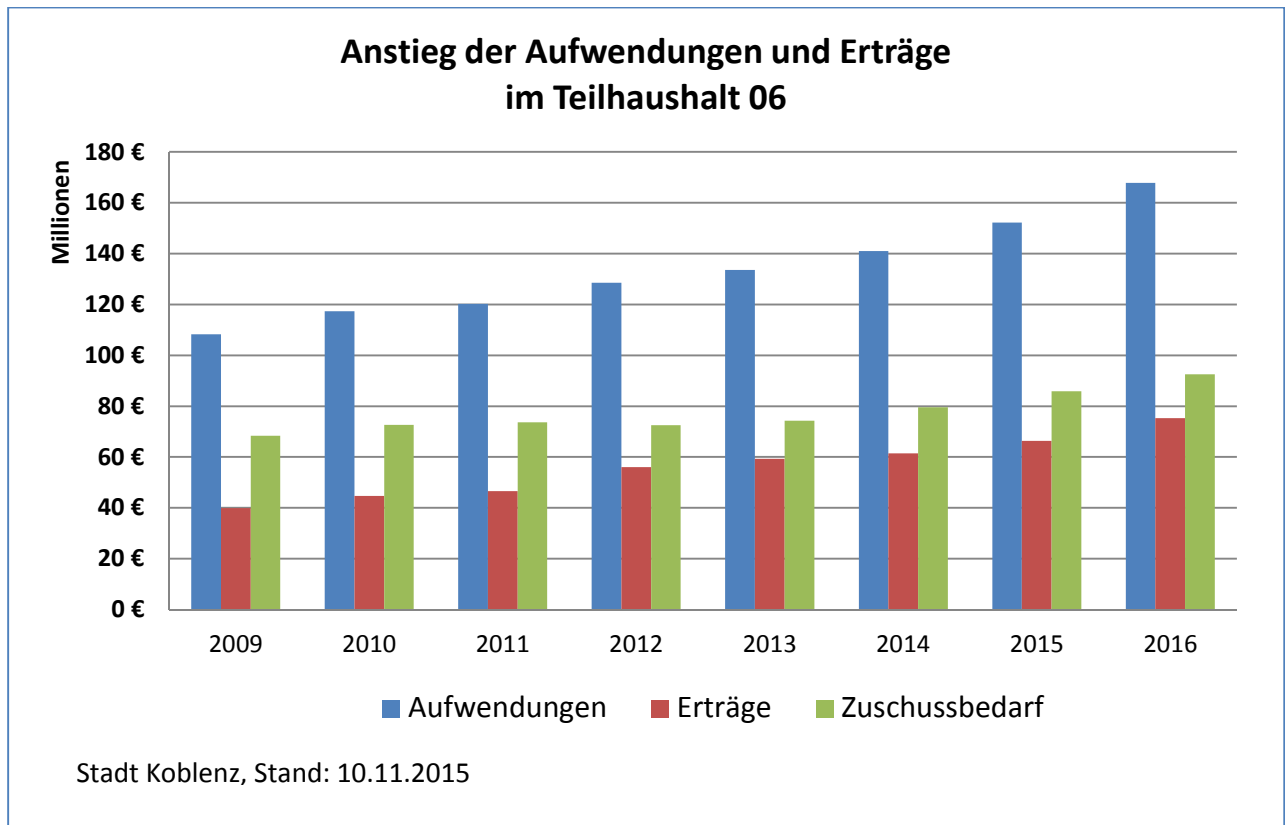


Stadt Koblenz, Stand: 10.11.2015

Die Zuwendungen von Bund und Land sind zwar ebenfalls gestiegen – aber lange nicht so stark wie unsere Aufwendungen.



Diagramm 7

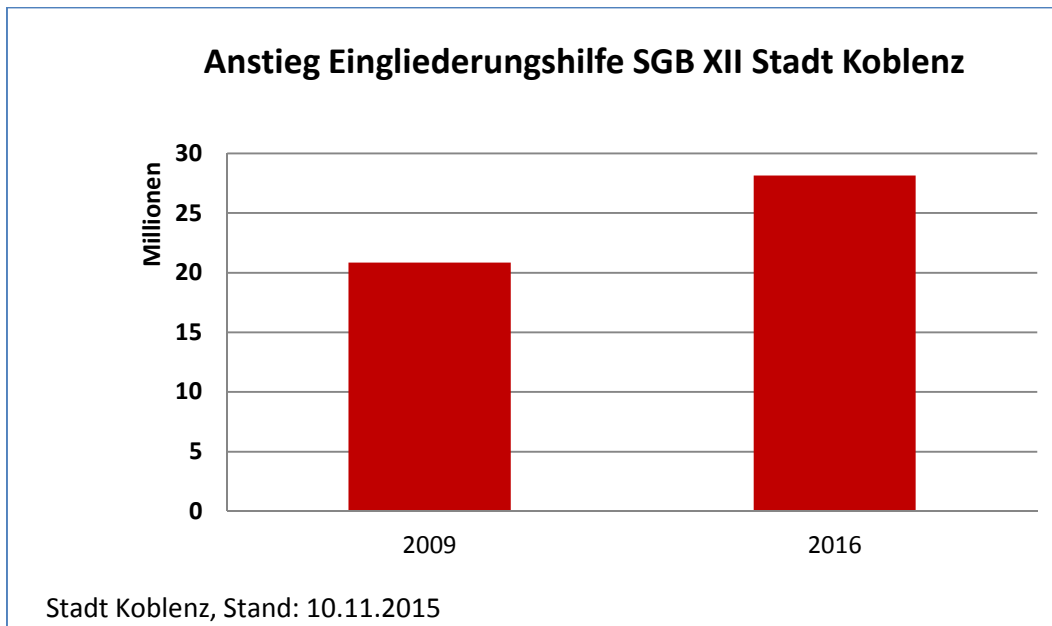


**Die Schere ist von Jahr zu Jahr größer geworden:** Lag unser Zuschussbedarf im Jahr 2009 noch bei knapp 68,4 Mio. € sind es heute über 92,5 Mio. €! **Eine Steigerung um 35 Prozent!** Bei diesen Zahlen versteht jeder, dass eine Stadt wie Koblenz einen ausgeglichenen Haushalt niemals schaffen wird! Nicht, wenn Bund und Land dieses Defizit nicht reduzieren.

Dabei sind die **Gründe für die höheren Sozialkosten** vielschichtig und es kommt immer darauf an, welche Leistung man betrachtet.

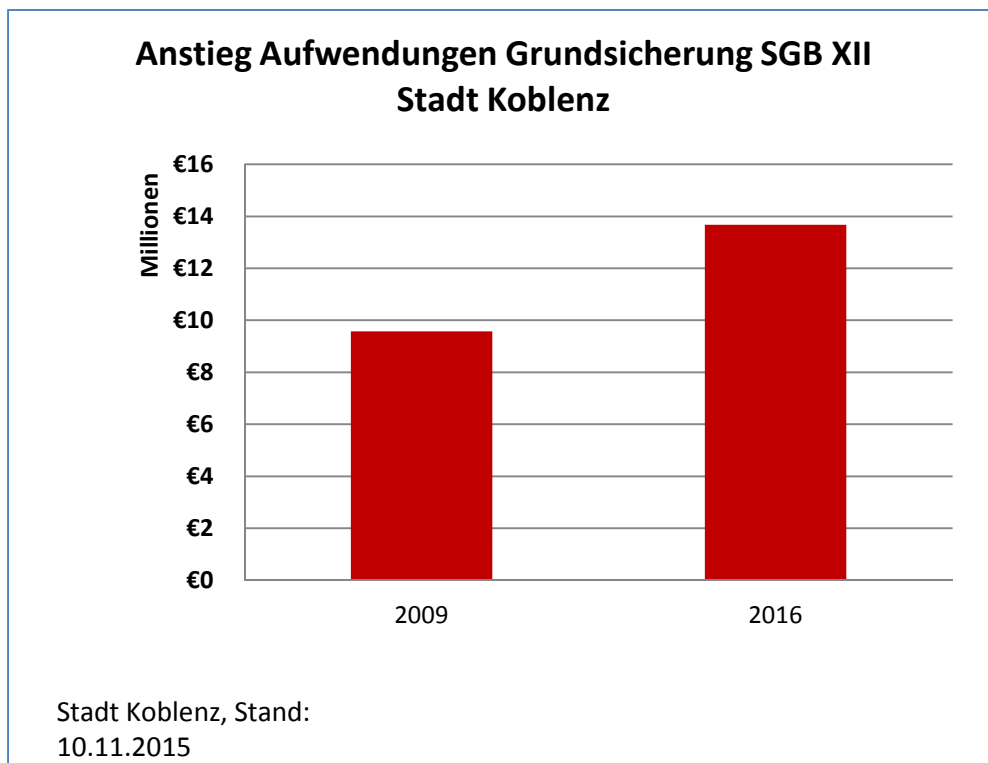
Die Entwicklung der **Eingliederungshilfe** für behinderte Menschen stieg seit 2009 zum Beispiel um 35 Prozent. Hier waren vor allem höhere Pflegesätze verantwortlich.

Diagramm 8



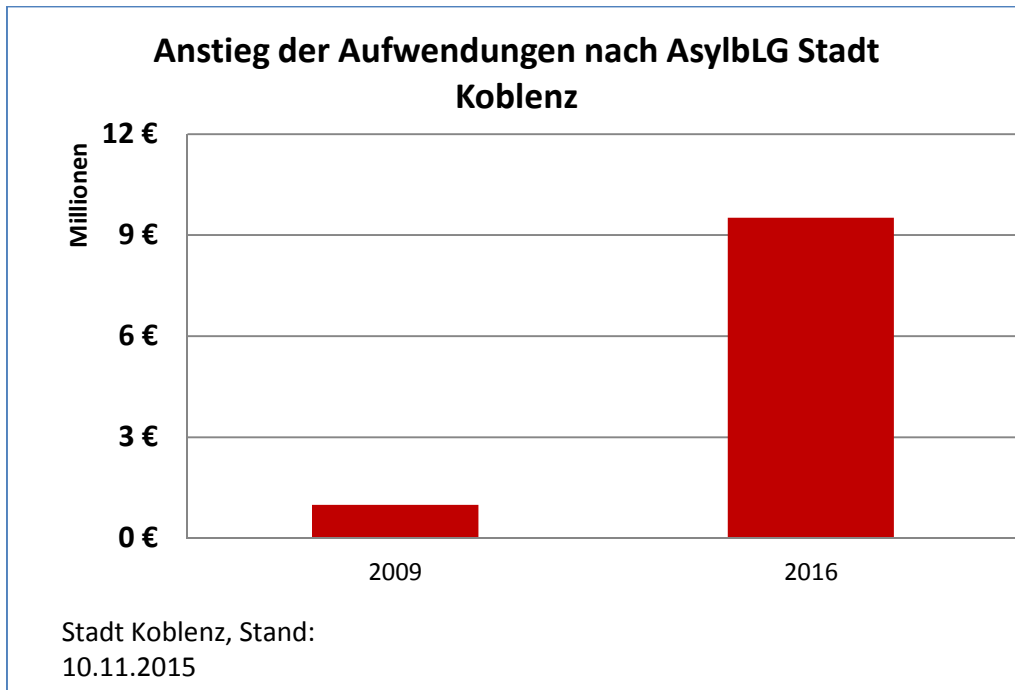
Der kontinuierliche Anstieg der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** um knapp 43 Prozent ist auf die wachsende Zahl der Empfängerinnen und Empfänger und auf die gestiegenen Lebensunterhaltungskosten zurückzuführen.

Diagramm 9



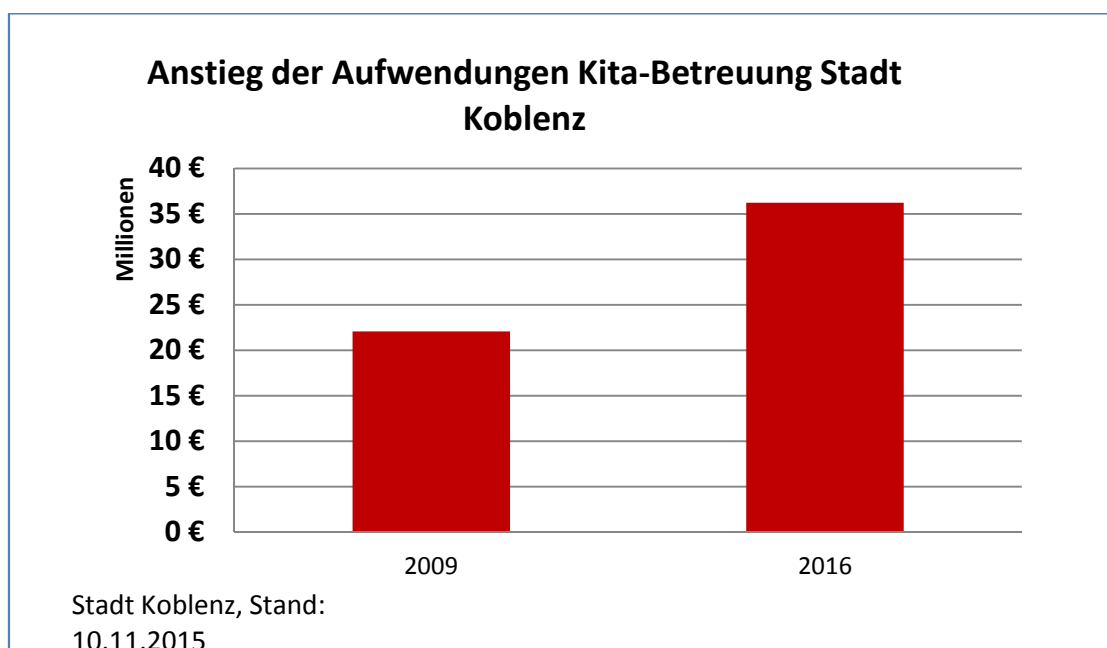
Der enorme Anstieg der Leistungen nach dem **Asylbewerberleistungsgesetz** wird durch die stark gestiegenen Flüchtlingszahlen hervorgerufen.

Diagramm 10



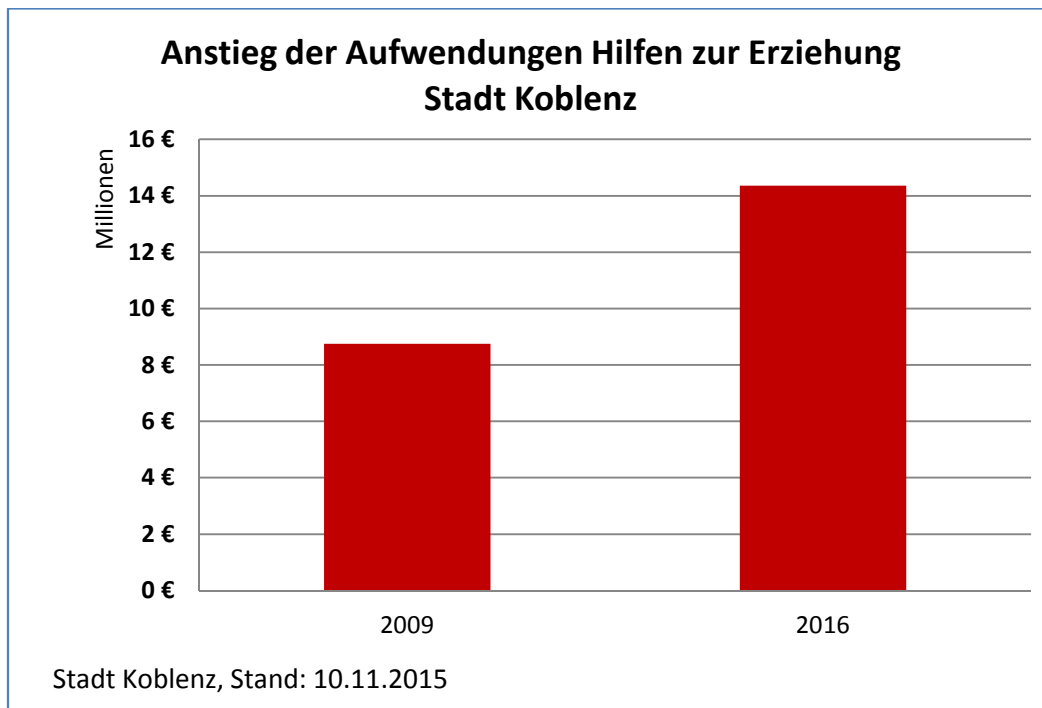
Die höheren Kosten im **KiTa-Bereich** gehen vor allem auf höhere Personalkostenzuschüsse und auf den erhöhten Bedarf an Plätzen zurück. Sie sind um fast zwei Drittel gestiegen.

Diagramm 11



Und auch die **Hilfen zur Erziehung** stiegen über 64 Prozent. Das hat mit höheren Fallzahlen und Pflegesätzen zu tun.

Diagramm 12



Das alles führt in der Summe zu den enorm gestiegenen Gesamtkosten.

Nicht nur für uns – für alle Kommunen sind diese Gesamtausgaben eine enorme Belastung.

Um nicht missverstanden zu werden: Ich halte nicht die Leistungen für falsch. Ich halte es aber für falsch, dass wir weit über die Hälfte dieser Kosten alleine tragen!

Selbstverständlich ist es **positiv, dass sich Bund und Land in den vergangenen Jahren stärker engagiert haben**. Das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen. Auch wenn ich heute viel kritisiere, sehe ich selbstverständlich, dass Bund und Land in den vergangenen Jahren auf die Kommunen zugegangen sind.

Das gilt für die **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die der Bund mittlerweile** komplett erstattet.

Oder für den Bereich der **Eingliederungshilfe für behinderte Menschen**, wo der Bund mehr Leistungen bezuschusst und wir stärker an der Umsatzsteuer beteiligt werden.

Auch das Land beteiligt sich seit diesem Jahr mit einem **Unterstützungsfonds an den kommunalen Aufwendungen für die Integrationshelfer an Schulen** und sucht in anderen Bereichen nach Lösungen.

**Das Problem ist nur: Es reicht nicht aus! Das ist entschieden zu wenig!**

Deutlich wird das z.B. im KiTa-Bereich:

Seit 2013 gilt der **bundesrechtliche Anspruch auf Betreuung schon für Kinder ab dem 1. Lebensjahr**. Zur Erfüllung dieses Rechtsanspruches haben wir in den letzten Jahren enorm in den KiTa-Ausbau investiert und ein qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot geschaffen.

Zu den vielen **Investitionsmaßnahmen** zählen beispielsweise die KiTa „Schmetterlingsgarten“, die KiTa „Kunterbunt“ und die Erweiterung der städtischen KiTa „Rappelkiste“. Zudem wird die KiTa-Landschaft durch die KiTa „Lazarettzwerge“ am Bundeswehrzentral Krankenhaus bereichert.

Die Kindertagesstättenbedarfsplanung hat aber gezeigt, dass das nicht ausreicht. Wir brauchen weitere KiTas, um den Bedarf zu decken. Deshalb haben wir:

- im Stadtteil Neuendorf eine 4-gruppige Einrichtung mit einem Baukostenvolumen von 3.250.000 €,
- im Stadtteil Asterstein: eine 5-gruppige Einrichtung mit einem Baukostenvolumen von 3.750.000 €,
- und im Stadtteil Karthause eine 6-gruppige Einrichtung mit einem Baukostenvolumen von 4.500.000 €

geplant.

Das alles müssen wir machen. Denn es ist unsere Pflicht. Den Rechtsanspruch hat der Bund festgelegt.

Unter Ausschöpfung aller möglichen Förderleistungen, für die noch keine verbindlichen Bewilligungsbescheide vorliegen, hoffen wir, einen Gesamtzuschuss von 3,7 Mio. € zu erhalten. **Es bleiben dann aber immer noch 7,8 Mio. €. Und diese Summe muss die Stadt alleine tragen.**

Aber damit ist es ja nicht getan. **Die Kinder müssen auch gut betreut und gefördert werden.** Das ist unser Anspruch. Das ist wichtig. Das kostet aber auch Geld. Und auch hier stehen die Kommunen wieder mit dem größten finanziellen Anteil in der Pflicht.

Alle neuen KiTas brauchen neue **Erzieherinnen und Erzieher**. Zum Ausgleich der Elternbeitragsfreiheit gewährt das Land zwar Zuweisungen, die sich eigentlich an den Tarifsteigerungen orientieren sollen. Die Zuweisungen wurden aber seit 2008 eingefroren. Zwischenzeitlich hat das Land zwar für die Jahre 2009 bis 2013 zusätzliche Finanzmittel in Aussicht gestellt. Wir erhalten hier rd. 461.000 €.

Das ist gut! Aber unsere tatsächlichen Aufwendungen werden weiterhin nur zu einem Teil gedeckt.

Das gleiche gilt auch für andere Bereiche der Sozialausgaben. Zum Beispiel für die **Aufwendungen im Asylbereich**.

Wir stehen hier heute vor einer enormen Herausforderung: Wir wollen die vielen **Menschen**, die in großer Not und aus Angst vor Verfolgung und Krieg nach Deutschland geflüchtet sind, in unseren Städten und Gemeinden **aufnehmen, sie willkommen heißen und sie in unsere Gesellschaft integrieren**.

Wir tun das gerne, aber wir brauchen dafür die **Hilfe von Bund und Land**. Denn eines ist ganz klar: Das ist **eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe!**

Und hier ist es genauso, wie bei den anderen Sozialausgaben: **Bund und Land haben in den vergangenen Monaten ihre Zuweisungen erhöht** und die gesetzlichen Rahmenbedingungen verbessert. Zuletzt hat das Land angekündigt, mit den Mitteln des Bundes die Kommunen mit einer monatlichen **Pauschale von 848 €** für jeden Flüchtling zu unterstützen. Wir werden diesen zusätzlichen Ertrag bis zu den Etatberatungen im Haupt- und Finanzausschuss noch in unser Rechenwerk einarbeiten.

Aber es lässt sich schon heute sagen: Das ist **für die Kommunen eine deutliche Entlastung** – keine Frage! Gerade weil wir wissen, dass auch das Land vor einer enormen Herausforderung steht. Es geht in die richtige Richtung! Aber hier gilt das gleiche wie zuvor: **Es reicht nicht aus. Die Kosten für die Unterbringung und Integration sind weitaus höher.**

Wenn sich Bund und Land hier mehr einbringen, können wir die enorme Herausforderung auch gemeinsam bewältigen. Das zeigt schon das **große Engagement der vielen Koblenzerinnen und Koblenzer**. Wir haben in Koblenz und in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren eine Willkommens- und eine Integrationskultur entwickelt, auf die wir stolz sein können. **Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, der Vereine und Initiativen, der Kammern, der Unternehmen, der Freien Träger und der Behörden ist beispielhaft.** Ich möchte dafür an dieser Stelle einmal allen ausdrücklich danken!

Das gleiche gilt übrigens auch für **unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**. Sie **stellen sich dieser Herausforderung mit einem riesigen Engagement**. Ich weiß, dass damit große Anstrengungen verbunden sind und möchte mich deshalb auch bei Ihnen herzlich bedanken!

Die Städte und Gemeinden leisten vor Ort hervorragende Arbeit – aber dafür müssen sie auch mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden!

Unsere Forderung, dass Bund und Land uns bei den Sozialkosten deutlich entlasten, hat jenseits der Schuldenproblematik aber auch noch zwei weitere Gründe:

Erstens wäre eine Entlastung deshalb so wichtig, weil wir nur so auch zukünftig die finanzielle Kraft haben, uns um alle anderen – genauso wichtigen – Aufgaben zu kümmern. **Die Menschen dürfen nicht das Gefühl bekommen, dass wir aufgrund unserer hohen Sozialkosten andere wichtige Projekte vernachlässigen.**

Wie unser Haushalt zeigt, werden wir uns selbstverständlich **auch in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Bildung, Tourismus Stadtentwicklung, Sicherheit, Kultur, Sport, Ökologie und Infrastruktur sehr engagieren**. Der Sozialhaushalt ist nur ein Bereich und ich habe ihn heute exemplarisch herausgegriffen.

Zweitens ist eine Entlastung entscheidend, damit auch unsere eigenen **Sparbemühungen im Haushalt wirklich Anerkennung** finden. Zurzeit sind sie nur schwer erkennbar: Wir sparen und müssen uns trotzdem enorm verschulden.

Ich erwähne das an dieser Stelle, weil ich es richtig finde, nicht nur von Bund und Land höhere Zuwendungen zu fordern. Umgekehrt **sind auch die Kommunen gefordert**. Wir müssen unsere Hausaufgaben machen.

In Koblenz haben wir uns sehr engagiert und in den letzten Jahren viele Ausgaben gesenkt und Einnahmen erhöht. **Unsere Anstrengungen drohen aber im Haushalt unterzugehen, wenn die größten Ausgabenblöcke, die wir nicht beeinflussen können, immer weiter ansteigen!**

Trotzdem haben wir gespart und das war richtig so!

Entscheidend dafür waren unser Eckwertebeschluss und die hervorragende Arbeit unserer Haushaltsstrukturkommission.

Unseren **Eckwertebeschluss** haben wir seit seiner Verabschiedung im Jahre 2011 eins zu eins umgesetzt. Wir haben

- unsere Aufbau- u. Ablauforganisation verbessert,
- unsere Aufgaben einer Aufgabenkritik unterzogen,
- durch Fluktuation freiwerdende Stellen zu 50 Prozent eingespart, soweit dies mit der gesetzlichen Aufgabenerfüllung vereinbar war,
- sämtliche Einnahmemöglichkeiten überprüft und prinzipiell ausgeschöpft,
- grundsätzlich keine neuen Großprojekte vorgesehen, es sei denn, sie waren unabweisbar oder wirtschaftlich,
- den Zuschussbetrag im Bereich der freiwilligen Leistungen mit Ausnahme der Gebäudeenergie- und Personalkosten gedeckelt
- und begonnen, ein ganzheitliches Controlling zu implementieren.

Die **Haushaltsstrukturkommission** hat viele Punkte des Eckwertebeschlusses operationalisiert und sich mit zahlreichen Konsolidierungsvorschlägen beschäftigt.

Ich möchte mich hier noch einmal ganz herzlich bei unseren aktuellen ehrenamtlichen Beratern, Dr. Josef-Peter Mertes, der auch den Vorsitz führt, Prof. Dr. Gunnar Schwarting und Matthias Nester bedanken! Mein Dank geht aber auch an alle, die sich engagiert beteiligt und Vorschläge eingereicht haben.

Seit Bestehen der Haushaltsstrukturkommission haben wir **339 Vorschläge mit über 400 Einzelmaßnahmen zur Haushaltskonsolidierung geprüft**. Von 271 Vorschlägen, die nach einer ersten Bewertung erfolgsversprechend waren, sind – Stand heute – **195 Vorschläge** abgearbeitet.

Die Vorschläge betreffen alle Bereiche der Verwaltung. Wir berichten darüber ja regelmäßig in der Haushaltsstrukturkommission.

In vielen Fällen wurden **Prozesse vereinfacht und Standards angepasst**. Dazu zählt zum Beispiel die erfolgreich verlaufende **Umstellung unserer EDV-Arbeitsplätze auf Libre Office**, wodurch erhebliche Lizenzkosten entfallen. Fast die Hälfte der Arbeitsplätze wurde umgestellt und wir sparen einige Hunderttausend Euro. Mit dieser Einsparung ist es uns auch gelungen, die **IT-Aufwendungen in den letzten Jahren konstant zu halten** – trotz Anschaffung neuer Hard- und Software.

Auch die **Neuordnung unseres Versicherungsbestandes** oder der **Zentralen Dienste** sind gute Beispiele dafür, dass die Verwaltung die Vorschläge aus Ihrer Mitte konsequent Schritt für Schritt umsetzt.

Viele unsere Maßnahmen betreffen die **Aufbau- und Ablauforganisation** der Verwaltung und damit die internen Kosten – so wie wir es uns im Eckwertebeschluss vorgenommen haben.

Das gilt beispielsweise auch für unseren **Eigenbetrieb Koblenz-Touristik**, der aufgrund neuer gesetzlicher Regelungen in den vergangenen Jahren erheblich mehr Steuern zahlen musste. Um die **Steuerlast zu minimieren**, prüfen wir mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und dem Finanzamt konkrete **Modelle der Umstrukturierung und Neuorganisation**.

Ganz wichtig ist dabei: Die **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** müssen sich keine Sorgen machen. Sie sollen und werden **keine Nachteile** erleiden. Niemand muss Gehaltseinbußen hinnehmen oder um seinen Job fürchten. Wie überall schließen wir betriebsbedingte Kündigungen aus.

Mit unseren Konsolidierungsmaßnahmen ist es uns in den letzten Jahren gelungen, einen vernünftigen Kurs einzuschlagen. Wir sparen – aber wir sparen immer mit Bedacht! Bis heute mussten wir **keine Einrichtung** mit Ausnahme des Freibades in Stolzenfels **schließen**. Und das soll auch so bleiben. Wir wollen, dass unsere Stadt lebenswert und liebenswert bleibt und das gilt für alle Bürgerinnen und Bürger, die hier wohnen oder bei uns zu Gast sind!

Deshalb gilt: Wir sparen, wo wir sparen können. Aber wir investieren auch überall dort, wo es notwendig ist.

Das ist ein schwieriger **Spagat**. Aber der gelingt uns. Auch verwaltungsintern! Z. B. bei unserem Personal. Wir sind in den letzten Jahren mit unseren **Personalkosten** sorgsam umgegangen und haben unseren Eckwertebeschluss umgesetzt. Wir haben immer darauf geachtet, dass alle Maßnahmen einer vertretbaren Arbeitsbelastung entsprechen.

In den Jahren 2012 bis 2016 ist es uns gelungen, insgesamt **87 feste, unbefristete Stellen** einzusparen. Darüber hinaus wurden 23,5 befristet eingerichtete Stellen nicht weiter verlängert.

Das sind 5,8 Prozent. Wir **sparen dadurch jährlich rund 5,6 Mio. €**, die wir – wenn wir die Stellen nicht eingespart hätten – jährlich zu veranschlagen und zu verausgaben hätten.

Wir haben Stellen aber nur dort gestrichen, wo es möglich und zumutbar war. **Auf der anderen Seite haben wir überall dort, wo es notwendig und erforderlich war, neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt**. Das tun wir auch heute noch:

In den Bereichen, in denen von der Verwaltung **Pflichtaufgaben** zu erfüllen sind, z.B. im Bereich der **Kitas** oder aktuell für die **Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen** wurden nach sorgsamer Prüfung die Stellenkapazitäten erhöht. Das gilt auch für viele andere Fälle.

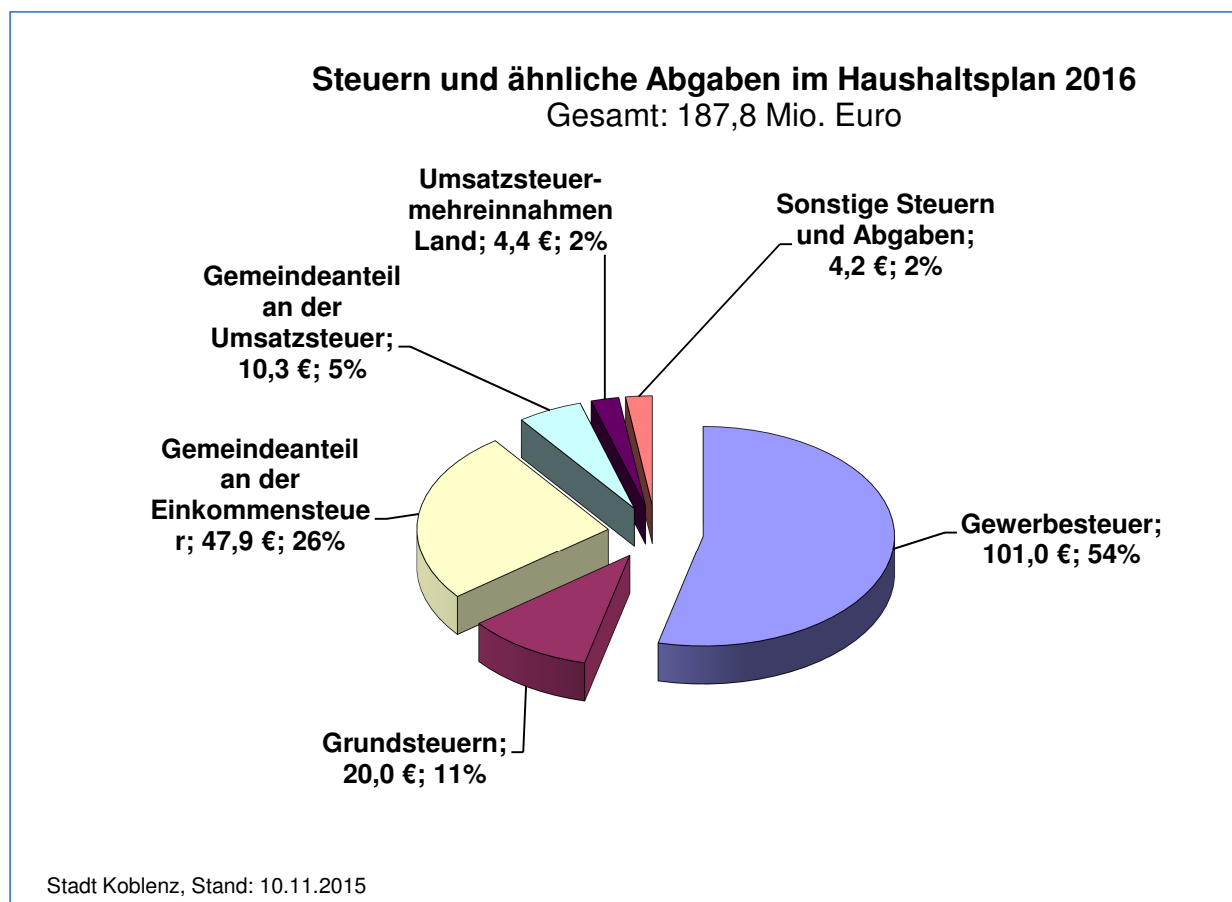


Dabei möchte ich eines deutlich betonen: Die Stadt profitiert enorm davon, dass sich **der Personalrat und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter engagiert einbringen** und mit uns an einem Strang ziehen. Haushaltskonsolidierung und Aufgabenkritik sind gerade für das Personal immer mit hohen Anforderungen verbunden. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewältigen diese Herausforderung aber mit großem Erfolg und dafür möchte ich mich bei allen herzlich **bedanken**.

Zur Haushaltskonsolidierung gehören auch unsere Einnahmen. Ich möchte deshalb zum Abschluss des konsumtiven Haushaltes noch einen Blick auf unsere **Steuern und Abgaben** werfen.

Hier nehmen wir im Jahre 2016 voraussichtlich über **187 Mio. €** ein.

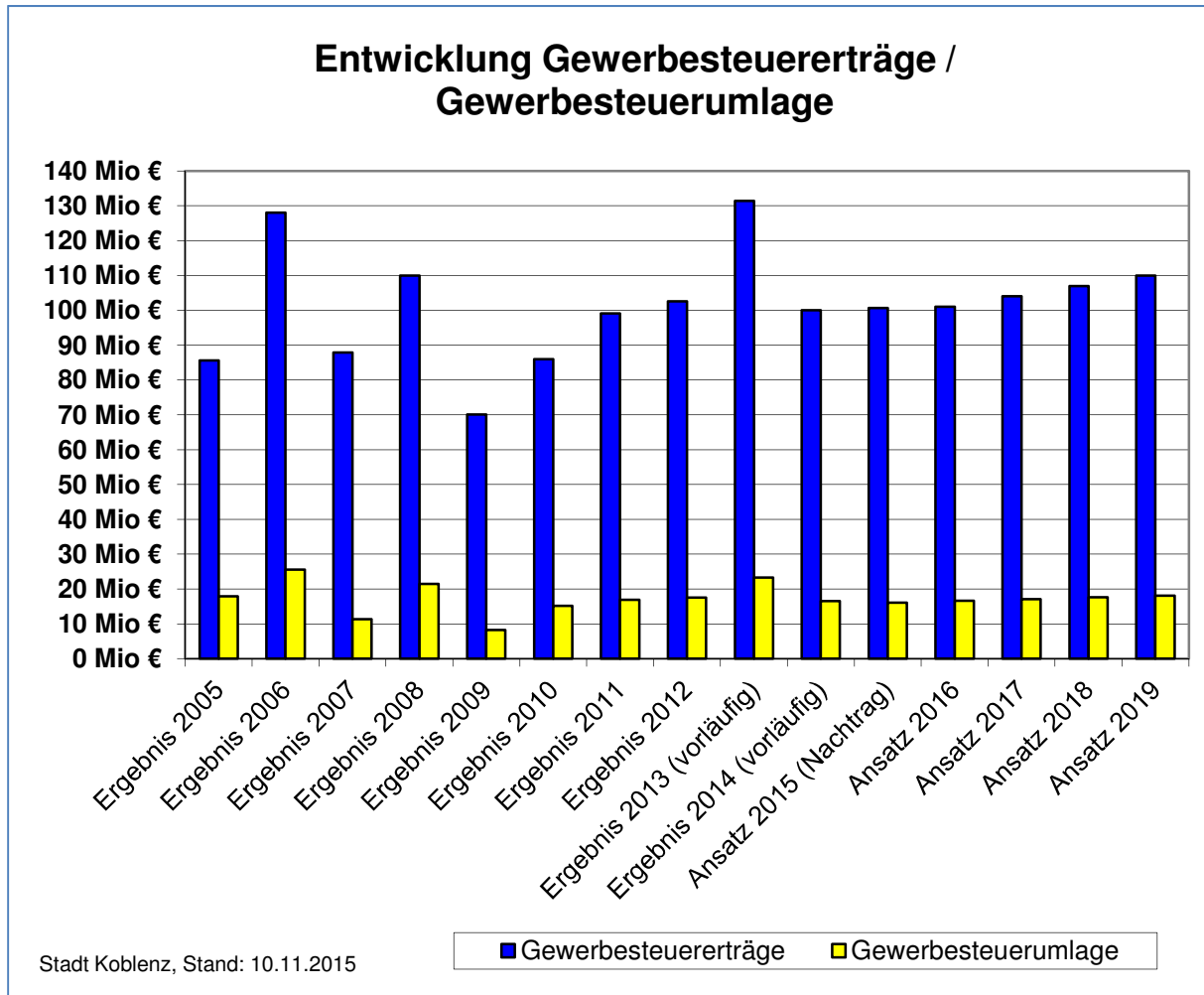
Diagramm 13



Der größte Posten davon ist die **Gewerbesteuer**. Wir planen hier mit **Einnahmen von 101 Mio. €**. Damit bewegen wir uns auf dem Niveau von diesem Jahr. Für die kommenden Jahre sehen wir einen moderaten aber kontinuierlichen Anstieg vor. Aber Sie wissen: **Außer bei der Festsetzung der Hebesätze ist unser Einfluss auf die Steuereinnahmen gering**.

Wir haben den Hebesatz der Gewerbesteuer in diesem Jahr angehoben und mit der ADD vereinbart, dass sie für 2016 keine Erhöhung fordern wird. Darauf verlassen wir uns.

Diagramm 14



Wir haben in den vergangenen Jahren aber nicht nur die Gewerbesteuer erhöht. Wir haben die **Vergnügungssteuer** angepasst, die **Parkplatzgebühren** heraufgesetzt, die **Grundsteuer A** und die **Grundsteuer B** erhöht, die **Zweitwohnsitzsteuer** eingeführt und die **Eintrittspreise** zu verschiedenen städtischen Einrichtungen angepasst. Darunter fallen auch die Entgelterhöhungen der Volkshochschule, der Musikschule, des Stadttheaters und des Stadtarchivs.

Ich weiß – und das kann ich nicht oft genug betonen – all diese **Einnahmeerhöhungen waren für uns schwierige Entscheidungen** und haben den Koblenzerinnen und Koblenzern einiges abverlangt. Aber es war notwendig, sonst wäre unser Haushaltsdefizit heute viel größer.

Insgesamt konnten wir mit all unseren Konsolidierungsrunden im Einnahmen- und Ausgabenbereich, die wir mit der Aufstellung des Haushaltes 2011 begonnen haben,

**über 26 Mio. € einsparen.** 26 Mio. € mit denen unsere Stadt heute höher verschuldet wäre, wenn wir nichts getan hätten. Das ist, wie ich finde, ein echter Erfolg.

### III. Der Investitionshaushalt

Der Investitionshaushalt weist für das Jahr 2016 in zweierlei Hinsicht neue Strukturen auf:

1. Wir haben den Investitionshaushalt strikt nach dem **Kassenwirksamkeitsprinzip** aufgestellt. Das hat der Stadtrat auch im Rahmen seines Eckwertebeschlusses zum Haushalt 2016 so beschlossen. Das heißt, wir haben nur Gelder veranschlagt, die wir in diesem Jahr voraussichtlich auch ausgeben können.
2. Wir haben das Instrument der **Verpflichtungsermächtigungen** viel spürbarer in den Haushalt einbezogen. Es wird damit möglich, dass bereits im laufenden Haushaltsjahr Verpflichtungen für Auszahlungen in künftigen Jahren eingegangen werden dürfen.

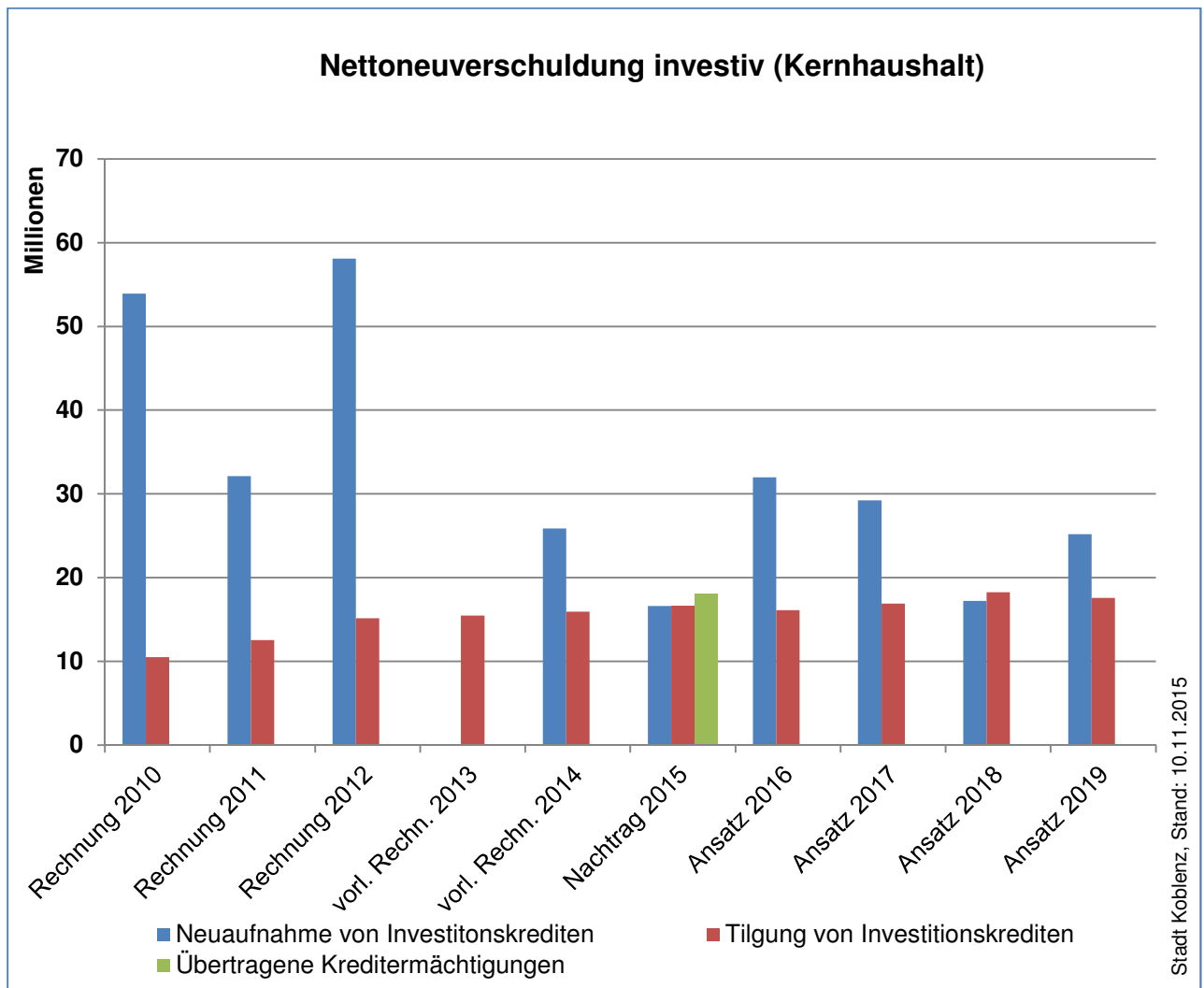
Der **Haushalt wird so transparenter** und es wird deutlicher, welche Investitionen zu welchem Zeitpunkt getätigt werden sollen.

Insgesamt hat der Investitionshaushalt ein **Ausgabevolumen von rund 57,4 Mio. €** und er besitzt eine **bessere Perspektive** als der konsumtive Haushalt. Das hat auch damit zu tun, dass sich Bund und Land hier sehr engagieren.

Wir werden zwar im kommenden Jahr mehr Investitionskredite benötigen. **Im Jahr 2018 wollen wir aber zum Beispiel mehr Kredite tilgen als aufnehmen.**

Das macht deutlich: Wir gehen **mit unseren Investitionsmitteln verantwortungsvoll um. Wir sparen dort, wo es möglich ist, aber wir sparen uns nicht kaputt. Denn selbstverständlich werden wir auch in den kommenden Jahren wieder viele und wichtige Investitionen tätigen.**

Diagramm 15



Zu den wichtigsten wird die Sanierung und Erneuerung unserer **Brückenbauwerke** gehören – ein Thema, das Koblenz alleine schon wegen der geografischen Lage lange begleiten wird. Wir haben dafür ja auch einen Masterplan aufgestellt.

Das größte Projekt wird der **Neubau der Pfaffendorfer Brücke** sein. Hier kommt auf Koblenz eine ganz besondere Herausforderung zu.

**Eine Ertüchtigung und Sanierung der stark geschädigten Pfaffendorfer Brücke ist wirtschaftlich nicht vertretbar.** Wir müssen deshalb neu bauen und haben mit den Entwurfsplanungen und den Vorbereitungen für ein Planfeststellungsverfahren begonnen. Spätestens 2018 wollen wir mit dem Bau beginnen und rechnen heute mit **Baukosten von rund 40 Mio. €.**

Das ist enorm viel Geld. Wir wissen aber heute noch nicht, ob wir **Fördermittel** von Bund und Land erhalten.

Wir haben deshalb unter dem Gesichtspunkt des Grundsatzes von Haushaltswahrheit und -klarheit auf der Finanzierungsseite noch **keine Fördermittel im Haushalt veranschlagt**.

Ich sage aber ganz deutlich: **Ich erwarte, dass Bund und Land uns nicht alleine lassen**. Die Unabweisbarkeit ist unbestritten und **die Brücke hat nicht nur für Koblenz, sondern für die ganze Region eine große Bedeutung**. Ich habe mich deshalb bei der Ministerpräsidentin und bei unseren Bundestagsabgeordneten für eine Förderung eingesetzt und hoffe sehr, dass wir hier die nötige Unterstützung bekommen.

**Die Pfaffendorfer Brücke ist aber nicht das einzige Brückenprojekt:** Mit Abschluss der Arbeiten an der Balduinbrücke widmen wir uns dem **Neubau der Vorlandbrücke in Lützel**, die zur Europabrücke gehört. Hier erwartet uns sogar ein spektakuläres Bauereignis, was nicht jeden Tag vorkommt: die hydraulische Verschiebung des Brückenüberbaues. Die Gesamtkosten liegen bei rund **12 Mio. €**. Das Land gewährt einen Zuschuss von 75 Prozent.

Auch mit der Brücke in der **Ravensteynstraße wollen wir 2016 beginnen**. Weil ein Bau mit Brückenfertigteilen der Deutschen Bahn zu teuer ist, planen wir hier einen **konventionellen Bau für rund 1,5 Mio. Euro**. Der Neubau der Brücke ist ebenfalls förderfähig und wir rechnen mit Fördermitteln in Höhe von 600.000 €.

Neben den Brücken werden wir weiterhin in unsere Straßen und unsere Infrastruktur investieren.

Das bedeutendste Projekt ist dabei der Beginn des Baus der **Nordtangente**. Für die Nordtangente haben wir erst vor wenigen Wochen gemeinsam mit dem Infrastrukturminister den Spatenstich gemacht. Das Land wird sich hier sehr engagieren. Für Koblenz hat die Umgehung eine enorme Bedeutung – gerade weil wir damit im ersten Bauabschnitt **den Stadtteil Metternich wesentlich entlasten** und die gute **strukturelle Entwicklung der Gewerbegebiete** unterstützen. Zudem verbessern wir den Verkehrsfluss und die Verkehrssicherheit deutlich. Gut, dass wir hier mit dem Bau beginnen!

Mit beträchtlichen Fördermitteln von Bund und Land werden wir auch in den Fördergebieten der **Städtebauförderung viel investieren**. Zu den beschlossenen Fördergebieten gehören zum Beispiel die Fritsch-Kaserne, die Stadtteile Lützel und Neuendorf oder der Raumentaler Moselbogen. Hier zeigt sich, dass wir **viele unterschiedliche Stadtteile aber auch verschiedene Aufgabenstellungen, wie Konversion, Stadtumbau und Soziale Stadt im Blick** haben und so über die Innenstadt hinaus im gesamten Stadtgebiet fördernd tätig werden.

Die Erfahrung hat zudem gezeigt, dass unser Einsatz in den Fördergebieten auch privates Engagement zur Folge hat. Wir fördern mit unseren Zuschüssen und Projekten damit die **wirtschaftliche Entwicklung** und leisten einen An Schub zu privatem Engagement.

Eine ähnliche Bedeutung hat auch unsere **Breitbandversorgung**. Wir wissen, dass das Internet bei der Wahl des Arbeitsplatzes und des Wohnortes immer wichtiger wird und freuen uns deshalb, dass die Deutsche Telekom AG in Koblenz sehr aktiv geworden ist. Der Breitbandausbau unserer Stadtteile auf der rechten Rheinseite ist

abgeschlossen und so kann es gelingen, dass wir **bis März eine gute, fast flächendeckende Versorgung im Stadtgebiet** erreichen. Jetzt gilt es nur noch, für unsere Stadtteile **Stolzenfels und Lay** eine gute Lösung zu finden. Hier wird die Telekom leider noch nicht investieren – auch wenn wir das immer gefordert haben. Wir arbeiten aber an einer praktikablen Lösung.

An einem tragfähigen Konzept arbeiten wir auch in Bezug auf den **Stadtumbau Fritsch-Kaserne**. Wie Sie wissen, wollen wir hier ein neues, vielfältiges und hochattraktives Stadtviertel zum Wohnen und Arbeiten entwickeln. Nachdem die Gutachten zur Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und zur Wertermittlung der Grundstücke erstellt sind, können wir mit dem Bund beginnen, Kaufpreisverhandlungen zu führen. Wir werden die zuständigen Gremien hier kontinuierlich unterrichten.

Auch die Inwertsetzung der **Großfestung Koblenz** wäre im weitesten Sinne ein Konversionsprojekt. Die Festungsanlagen Fort Konstantin, Feste Kaiser Franz und Fort Asterstein sind die städtischen Bestandteile unserer Großfestung. Ergänzt werden sie durch die Festung Ehrenbreitstein. Mit der **zugesagten Förderung des Bundes von 2,4 Mio. €** könnten die Erlebnisqualität der Großfestung im Stadtgefüge noch einmal deutlich aufgewertet und städtebauliche Bezüge hergestellt werden. Wir werden in den zuständigen Gremien und im Stadtrat darüber beraten und entscheiden.

Zur Lebensqualität in unserer Stadt gehört auch ein funktionales **Hallenbad**. Wir haben uns deshalb für einen Neubau stark gemacht und mit den Koblenzer Stadtwerken eine Realisierungsmöglichkeit gefunden. Sobald die Genehmigung der ADD vorliegt, werden wir die zuständige Tochter GmbH gründen und mit den Bauvorbereitungen im Raentaler Moselbogen beginnen.

Ein besonders wichtiger Standortfaktor sind für uns zudem unsere **Bildungs- und Betreuungseinrichtungen**. Das ist gerade heute aktueller denn je, weil unsere Schulen und Kindertagesstätten auch einen großen Integrationsbeitrag leisten werden.

**Wir werden das Kommunale Investitionsprogramm – Rheinland-Pfalz (KI 3.0)** deshalb besonders für unsere Schulen und KiTas nutzen. Fast **10,5 Mio. Euro stellen uns Bund und Land für die Jahre 2015 bis 2018 zur Verfügung**. Der Stadtrat wird noch über die genaue Mittelverwendung entscheiden. Vorher soll im Rahmen der Etatberatungen im Haupt- und Finanzausschuss die städtische Maßnahmenliste beraten und festgelegt werden. Gemeinsam werden wir die Mittel nutzen, um auch in Zukunft den hier lebenden Kindern und Jugendlichen gute Bildungs- und Fördermöglichkeiten zu bieten.

Entfaltungsmöglichkeiten wollen wir auch unseren Religionsgemeinschaften bieten. Wir freuen uns deshalb, wenn es der jüdischen Kultusgemeinde gelingt, den **Neubau ihrer Synagoge** in unserer Innenstadt zu realisieren. Ich habe mich deshalb gerne bereit erklärt, die Schirmherrschaft für dieses Projekt zu übernehmen. Die Stadt steht zu ihrer Zusage, den Neubau analog zur Förderung des Landes mit bis zu 1,5 Mio. € zu unterstützen. Zudem prüfen wir derzeit, ob eine Landesförderung zur Aufbereitung des Grundstückes möglich ist.

Neben dem Bildungs- und Kulturbereich hat für die Stadt immer auch die **Unterstützung des Sports** eine besondere Rolle gespielt. Das wollen wir 2016 fortführen.

Am 27. diesen Monats ist der Spatenstich für die neue **Sporthalle auf dem Asterstein**. Auch wenn sich der Baubeginn zuletzt verzögert hat, freuen wir uns, dass es jetzt losgeht, weil die Sporthalle sowohl für die Schülerinnen und Schüler als auch für die Sportvereine und Sportverbände eine wichtige Bedeutung hat. Gemeinsam mit dem Land schaffen wir hier ein attraktives Angebot.

Zudem unterstützen wir den **BSC Güls**, den bestehenden **Tennenplatz in ein Naturrasenspielfeld umzuwandeln** und werden die **Kunststofflaubahn im Stadion Oberwerth** sanieren. Für beide Vorhaben haben wir über den Goldenen Plan entsprechende Förderanträge beim Land gestellt.

Wir werden in den nächsten Jahren aber nicht nur Sportstätten, Brücken, Straßen und KiTas neu bauen, sondern auch **Wohnungen**. Schon jetzt ist in unserer Stadt günstiger Wohnraum knapp – und das nicht nur, weil wir heute bundesweit den vielen Flüchtlingen eine sichere Bleibe bieten wollen. Unsere Stadt ist in den letzten Jahren zunehmend für Familien, Studierende und hier arbeitende Menschen attraktiv geworden. Das ist positiv und trägt zur vielfältigen Entwicklung unserer Stadt bei. Aber alle suchen natürlich auch passenden Wohnraum. Das gilt besonders für günstige Wohnungen. Damit zukünftig aber nicht immer mehr Menschen um günstigen Wohnraum konkurrieren, wollen wir uns besonders im **sozialen und nachhaltigen sowie preiswerten Wohnungsbau** engagieren. Wir identifizieren deshalb Grundstücke und prüfen, welche Realisierungsmöglichkeiten in unserem Stadtgebiet bestehen. **Die Koblenzer Wohnbau** wird dabei ein wichtiger Partner sein. Sobald wir entsprechende Vorschläge erarbeitet haben, werden wir sie den zuständigen Gremien vorlegen.

Zudem ist es möglich, dass wir weitere **Unterkünfte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber** errichten müssen. Das habe ich zu Beginn unserer heutigen Stadtratssitzung ja auch schon erläutert. Hierbei sind wir auch im hohen Maße auf die Unterstützung der privaten Immobilienbesitzer angewiesen, um eine möglichst gute Integration der Asylbewerberinnen und Asylbewerber bereits von der ersten Wohnung an zu ermöglichen.

Zum Abschluss möchte ich für Koblenz und die Region zwei Projekte exemplarisch benennen, die nicht von der Stadt finanziert oder bezuschusst werden, bei denen wir aber durch unsere vorbereitenden Aktivitäten maßgeblich die Rahmenbedingungen für ein solches Engagement geschaffen haben:

Zum einen wird am 24. November das **Dreikönigenhaus** eröffnet, in welchem das neue „Institut für zukunftsfähiges Wirtschaften“ seine Arbeit aufnimmt. Uns ist damit eine hervorragende **Nachnutzung für unsere sogenannten Altimmobilien** gelungen, deren Nutzer jetzt im Forum Confluentes sind.

Zum zweiten wird das **Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein** mit umfangreichen Sanierungs- und Erneuerungsarbeiten an den Standorten des Kemperhofs und des Evangelischen Stifts beginnen. Auch hier wird sich das Land mit beträchtlichen Fördermitteln beteiligen. Für unsere Gesundheitsversorgung und die Wirtschaftlichkeit des Klinikums werden diese Baumaßnahmen eine wichtige Rolle



spielen. Der Erfolg des fusionierten Klinikums hat für mich eine ganz zentrale Bedeutung.

## IV. Fazit

**Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble** hat erst letzte Woche die neue **Steuerschätzung** vorgestellt. Die Einnahmen fallen zwar etwas geringer aus als geplant – der Bundesfinanzminister betonte aber, **der deutsche Staat sei solide finanziert und handlungsfähig**.

Das heißt, **es ist genug Geld für alle notwendigen staatlichen Aufgaben vorhanden**. Es ist **nur ungleich verteilt**. Und genau daran muss sich etwas ändern.

Ich weiß, ich habe heute die Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Kommunen – gerade was die Sozialausgaben angeht – deutlich kritisiert. Ich hoffe aber, ich konnte genauso deutlich machen, dass wir die Anstrengungen von Bund und Land durchaus anerkennen.

Dieses **Engagement** wird auch besonders bei unseren **Koblenzer Vertretern in der Landesregierung sowie bei unseren Bundestags- und Landtagsabgeordneten** deutlich. Minister Roger Lewentz, Staatssekretär David Langner, die beiden Bundestagsabgeordneten Dr. Michael Fuchs und Detlef Pilger sowie unsere Landtagsabgeordneten Andreas Biebricher und Nils Wiechmann haben sich in den vergangenen Jahren in außerordentlichem Maße für unsere Stadt eingesetzt. Das hat sich bei vielen Projekten und Maßnahmen gezeigt. Ich möchte Ihnen dafür ausdrücklich danken!

Mit der notwendigen finanziellen Ausstattung von Bund und Land wird Koblenz auch zukünftig seine vielfältigen Aufgaben erfüllen und gleichzeitig an einem zukunftsfähigen Haushalt arbeiten können. Das erwarten auch die Koblenzerinnen und Koblenzer.

Wir werden gerne unseren Teil dazu beitragen! Darauf freue ich mich und möchte abschließend die Gelegenheit nutzen, **Ihnen, sehr geehrte Ratsmitglieder und dem ganzen Stadtvorstand für die bisherige außerordentlich gute Zusammenarbeit zu danken**.

Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam fortsetzen. Ich freue mich drauf!